Keine Zusammenarbeit mit AfD und anderen Parteien, die Faschist*innen in ihren Reihen dulden oder unterstützen und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung nicht anerkennen.

Antragsteller*in: Willi Junga

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 8:

- ~~Gemeinsam organisierte~~initiieren von Veranstaltungen mit der AfD oder Teilnahme an von der AfD initiierten Veranstaltungen

Begründung

Da es Veranstaltungen des Bezirksamts gibt, bei denen sowohl Vertreter*innen der AfD als auch die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen organisatorische Verantwortung haben, würden wir unseren Einfluss auf Bürger*innen-Initiativ-Engagement verlieren. Ein Beispiel sei das Betreuen von Kiezkassen.